



# #dieschmidt

der newsletter

02.02.2018

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

am Donnerstag haben wir über einen Antrag zur gesetzlichen wöchentlichen Höchstarbeitszeit beraten. In meiner Rede habe ich hervorgehoben, dass es für die SPD wichtig ist, dass die Beschäftigten durch das Arbeitszeitgesetz vor Überforderung und



Dauerbelastungen an ihrem Arbeitsplatz geschützt sind. Viele Beschäftigte haben zu Recht den Wunsch ihre Arbeitszeit selbstbestimmt zu gestalten, um sich unter anderem mehr um ihre Familie kümmern zu können. Neben dem gesetzlichen Rahmen kann die Gestaltung von Arbeitszeit am besten in Tarifverträgen und in Betrieben verhandelt werden. Hier können die Bedürfnisse der Beschäftigten und der Unternehmen am besten zum Ausgleich gebracht werden. Das Video zur Rede findet sich auf meiner Webseite unter [www.dagmarschmidt.de](http://www.dagmarschmidt.de).

Neben den Bundestagssitzungen hat sich die SPD-Fraktion in dieser Woche aktiv in die Koalitionsverhandlungen mit der Union eingebracht. Wir wollen versuchen, die Verhandlungen bis Sonntag abzuschließen. Klar ist, dass wir uns mehr Zeit nehmen werden, wenn wir sie brauchen. Ziel ist ein ordentliches Verhandlungsergebnis, dass wir unseren Mitgliedern guten Gewissens zur Abstimmung vorlegen können. Das wird schwierig genug werden, denn die Union ist in vielen Punkten uneins und steht Verbesserungen für viele Menschen im Weg. Sei es bei der Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin, der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung oder echten Härtefallregelungen für den Familiennachzug und damit für die Integration von Flüchtlingen in unserer Gesellschaft. Vor uns liegt noch ein gutes Stück Arbeit. Aber die bisherigen Verhandlungen haben gezeigt, dass wir gut aufgestellt sind und mit hohem fachlichem Sachverstand in den Gesprächen schon Einiges erreichen konnten.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

## Bundestag ist voll arbeitsfähig

In dieser Woche haben sich die Bundestagsausschüsse konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Noch vor einer möglichen



Regierungsbildung wird der Bundestag damit voll arbeitsfähig und nimmt seine fachliche Arbeit auf. Ich freue mich, dass ich weiterhin Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss bin.

Als SPD-Bundestagsfraktion haben wir uns bereits direkt nach der Bundestagswahl für eine Stärkung des Parlaments eingesetzt und das werden wir auch weiter tun. Der Bundestag muss der Ort sein, an dem die zentralen politischen Debatten in unserem Land geführt werden. Dafür braucht es neue Debattenformate im Parlament, aber auch eine Erneuerung unserer Arbeit als Fraktion, die wir entschlossen angehen werden.

## Familiennachzug

Am Donnerstag wurde im Bundestag über die strittige Frage des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte abgestimmt. Hierbei



ging es in erster Linie zunächst um die befristete Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzuges bis 31. Juli 2018. Härtefälle sind von der Verlängerung der Aussetzung im Übrigen auch weiterhin nicht betroffen.

Eine detaillierte gesetzliche Neuregelung des Familiennachzugs muss bis zum 31. Juli 2018 ausgearbeitet und verabschiedet werden. Sie soll dann den Familiennachzug in begrenztem Umfang von 1.000 Angehörigen pro Monat sowie zusätzlichen Härtefällen ermöglichen. **Ich habe dem Antrag von CDU/CSU und SPD**

**zugestimmt, weil ich Sorge habe, dass ansonsten überhaupt keine Lösung für die Betroffenen zustande kommt, denn im Bundestag gibt es eine Mehrheit für die vollständige Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Geschützten.** Ich werde mich weiterhin für einen Rechtsanspruch und wirksame gesetzliche Härtefallregelungen einsetzen. Ich habe in einer persönlichen Erklärung zu Protokoll gegeben, dass ich mir eine humanitäre Lösung gewünscht hätte. Die Erklärung ist auch unter [www.dagmarschmidt.de/familiennachzug](http://www.dagmarschmidt.de/familiennachzug) zu finden.

## Gedenken

### Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Am Mittwoch hat der Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Anlass war der Gedenktag für die Opfer des



Nationalsozialismus, der seit 1996 immer am 27. Januar begangen wird. Er erinnert an den Tag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz durch sowjetische Truppen am 27. Januar 1945. Die Holocaust-Überlebende Dr. h.c. Anita Lasker-Wallfisch hat eine sehr ergreifende Rede gehalten. Es gebe weder Entschuldigungen noch Erklärungen für das, was damals geschehen ist.

Es war die erste Gedenkstunde seit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag. Mehr als zuvor war dies für uns Anlass nicht nur innezuhalten und zu gedenken, sondern auch aufzustehen gegen jede Form von Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft.

## Otto-Wels-Preis 2018

Wir suchen kreative Ideen und Konzepte, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger für Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt in



ihrer Gemeinde engagieren. Wenn sich Menschen zusammentun, um ganz praktisch für andere da zu sein oder ihr gemeinsames Lebensumfeld noch lebenswerter zu machen, stärken sie die Solidarität unserer Gesellschaft und letztlich unsere Demokratie. Mit dem Otto-Wels-Preis für Demokratie zeichnet die SPD-Bundestagsfraktion Projekte und Initiativen aus, die sich für ein nachbarschaftliches Gemeindeleben, für soziale Integration in der Kommune oder ein lebendiges Miteinander im Stadtquartier einsetzen. Weitere

Informationen unter [www.dagmarschmidt.de/otto-wels-preis](http://www.dagmarschmidt.de/otto-wels-preis).

## Urkunde in Berlin überreicht

„Mit dem Shanty-Chor in Wetzlar kann in Berlin keiner mithalten.“ stellte Jann Saathoff bei seinem Treffen mit der



Bundestagsabgeordneten Dagmar Schmidt fest. Der Wahlberliner aus Wetzlar war am Montag, 29.01.2018, mit seiner Frau Agnes zu Gast im Berliner Abgeordnetenbüro von Dagmar Schmidt, um seine Ehrenurkunde für 10 Jahre Mitgliedschaft in der Marinekameradschaft Wetzlar entgegen zu nehmen. [...weiterlesen](#)